

Integrationsmaßnahmen

Die Stadt Ludwigshafen startet immer wieder Projekte und Initiativen zum Thema Integration und zur besseren Zusammenarbeit in Sachen Integrationsförderung.

Der Nationale Integrationsplan

Seit 2011 erkennt die Stadt Ludwigshafen den Nationalen Integrationsplan (NIP) an. Der NIP formuliert klare Standards und Ziele und ist ein tragfähiger gesellschaftlicher und politischer Konsens über die Notwendigkeit von Integration und Integrationsförderung. Am NIP beteiligen sich Bund, Länder, Kommunen, Migrantenorganisationen, gesellschaftliche Institutionen und Wohlfahrtsverbände. Im Jahr 2007 wurde der NIP von der Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Migrantenorganisationen beschlossen. Politik, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen verständigten sich damals erstmalig darauf, das Politikfeld der Migration und Integration abzustimmen und gemeinsam zu verantworten.

Ludwigshafener Erklärung

Im Rahmen des 2. Integrationsgipfels am 21. Juni 2011 im Rathaus unterzeichneten Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Arbeitsagentur und der Stadt die "Ludwigshafener Erklärung". Die Stadt Ludwigshafen am Rhein wurde damals von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration als einer von insgesamt 18 Modellstandorten für das Modellprojekt "Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben" ausgewählt. Die Unterzeichner sahen in dieser Auswahl eine Anerkennung der bisherigen Integrationsarbeit Ludwigshafens und begrüßten das Modellprojekt als einen weiteren wichtigen Schritt zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das Modellprojekt wurde wissenschaftlich begleitet und lief bis Ende 2012.

Kooperationsvereinbarungen

Die Unterzeichner der "Ludwigshafener Erklärung" stimmten darin überein, dass das Modellprojekt dazu beiträgt, die in Ludwigshafen bereits seit vielen Jahren geförderte Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten weiter zu intensivieren und die Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Das Modellprojekt wurde dazu genutzt, die Netzwerkarbeit auszubauen sowie standardisierte Arbeitsabläufe und -strukturen zu verfestigen, wobei die Unabhängigkeit jeder teilnehmenden Institution und Organisation gewahrt bleibt. Die Träger der Migrationsberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt Stadtkreisverband Ludwigshafen, das Caritas-Zentrum Ludwigshafen und das Haus der Diakonie Ludwigshafen), die Arbeitsagentur, das Jobcenter und die Abteilung Aufenthaltsrecht des städtischen Bereichs Bürgerdienste erarbeiteten daraufhin Kooperationsvereinbarungen zur besseren Vernetzung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Integrationsarbeit für Migrantinnen und Migranten. Die entsprechenden Papiere wurden in einer Feierstunde im Ludwigshafener Rathaus am 21. August 2012 unterzeichnet.

Diese Netzwerkarbeit wurde als "best practice"-Beispiel in einen Handlungsleitfaden für Kommunen und Beratungsdienste aufgenommen, herausgegeben von Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer. Der Handlungsleitfaden ist ein Ergebnis des Modellprojekts "Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben".

Downloads